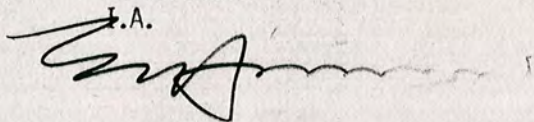


# DECKBLATT NR. 5 ZUM BEBAUUNGSPLAN DER STADT PASSAU „NEUSTIFT“

GENÄHRUNG HEINING

Passau, 13.04.1992  
Amt für Stadtplanung und  
Bauaufsicht

J.A.



Eigentümer der betroffenen und/oder benachbarten Grundstücke haben der Änderung wider-  
sprochen.

(Verfahren nach § 13 Satz 3 BauGB)

Der Stadtrat der Stadt hat am 18.01.1993 die Änderung des Bebauungsplanes im ver-  
einfachten Verfahren nach § 13 Satz 3 BauGB und gemäß Art. 91 Abs. 3 BayBO als Satzung  
und die Begründung hierzu beschlossen.

Passau, 11.02.1993  
STADT PASSAU

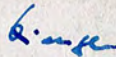
Wille Selmer  
Oberbürgermeister



Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 Abs. 3 BauGB der Regierung von Niederbayern angezeigt.  
Die Regierung hat mit Schreiben vom **27. APR. 93** keine Verletzung von Rechtsvor-  
schriften geltend gemacht.

Landshut, **27. APR. 93**  
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

i. d.



Hienger  
Regierungsdirektorin



## Bekanntmachungsvermerk:

Der Bebauungsplan wird gemäß § 12 BauGB mit dem Tag der Bekanntmachung im Amtsblatt der  
Stadt Passau Nr. 10 am 19.05.1993 rechtsverbindlich.

Der Bebauungsplan mit Begründung liegt mit Wirksamwerden der Bekanntmachung zu jeder-  
manns Einsicht im Amt für Stadtplanung und Bauaufsicht während der Dienststunden bereit.

170  
17

NORD

M=1:10000

GEZ.: HACKL

13.04.1992

GEPR.: *Stall*

DECKBLATT NR. 5

ZUM BEBAUUNGSPLAN

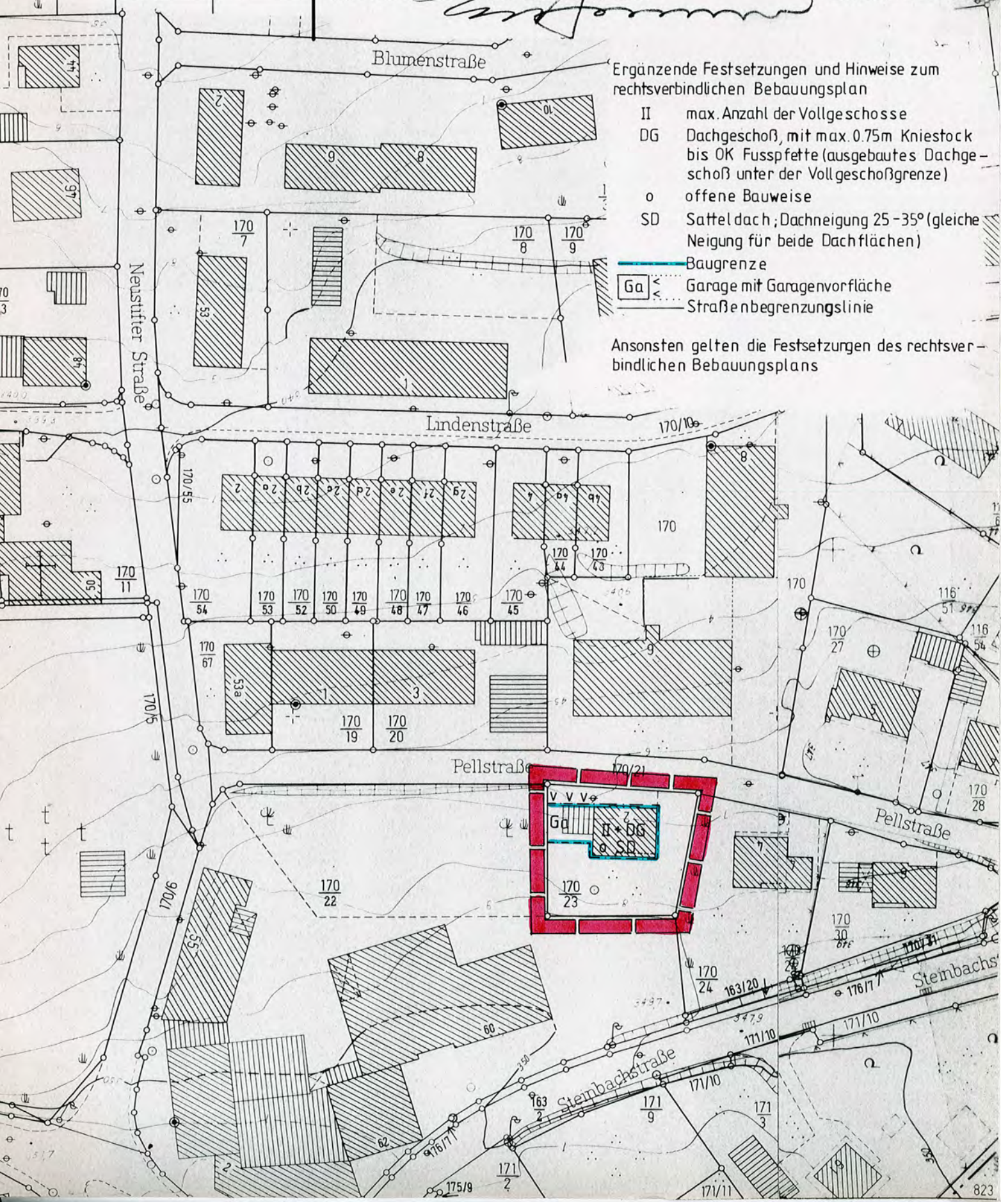
DER STADT PASSAU

"NEUSTIFT"

GEOMARION HEINING

AMT FÜR STADTPLANUNG UND BAUAUFSICHT

PASSAU, 13.04.1992



# ~~Vereinfachte Änderung~~ gemäß §13 BauGB

## Inhalt der Änderung:

Die Grundstückseigentümerin, Frau Ottilie Kuhn, beantragt die Aufstockung des bestehenden Wohnhauses auf dem Grundstück Fl.Nr. 170/23 der Gemarkung Heining.

Als Dachform wird ein ausbaufähiges Satteldach mit einer Neigung von 25 bis 35° und einem Kniestock von max. 0,75 m (DG unter der Vollgeschoßgrenze) festgesetzt.

Der Dachüberstand darf an Ortsgang und Traufe max. 1,00 m betragen. Pro Dachseite sind max. 2 Dachgauben mit je max. 3,00 m<sup>2</sup> **lichte Rohbau-Fensteröffnung** zulässig.

Ansonsten gelten die Festsetzungen des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes.

Evtl. anfallende Kosten für **den Umbau der** Erschließungsanlagen (Bordsteinabsenkung usw.) gehen zu Lasten des Antragstellers.